

# Pressemitteilung

Klimakiller vor dem Aus

Nach dem durch das Oberverwaltungsgericht Münster erzwungenen Baustopp für das geplante Steinkohlekraftwerk in Datteln fordert der BUND Sachsen – Anhalt von der Politik eine deutliche Absage auch an das von RWE in Arneburg geplante Kraftwerk

PM ....LGSt

Magdeburg, 2009-09-18: **Nach der Veröffentlichung der schriftlichen Urteilsbegründung zum geplanten E.On-Kraftwerk in Datteln fordert der sachsen – anhaltische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Landesregierung auf, die RWE-Kraftwerke GmbH zu einem Verzicht der Kraftwerkspläne für Arneburg zu bewegen.**

**Darüber hinaus kritisierte der BUND massiv die Landesregierung. Umweltminister Uhlenberg und Energieministerin Thoben würden den Kraftwerks-Schwarzbau trotz des eindeutigen Urteils noch immer verteidigen.**

„Wer nach dem OVG Urteil von Münster immer noch an eine Zukunft der Energiegewinnung aus Kohle glaubt“, so Oliver Wendenkampf, Geschäftsführer des BUND in Sachsen – Anhalt, ist entweder weltfremd oder zerstört wissentlich und mit voller Absicht die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner, nur um eines vermeidlichen kurzfristigen finanziellen Gewinns willens“.

Oliver Wendenkampf weiter: „Das OVG-Urteil lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es attestiert auch den Kraftwerksplänen in Sachsen-Anhalt massive Widersprüche zu bindenden Vorgaben der Landesplanung, des Naturschutzrechts, der Eindämmung des Flächenverbrauchs und Vorgaben zum Schutz der Bevölkerung. Es räumt auch mit dem von der Landesregierung gebetsmühlenhaft wiederholten Märchen auf, Steinkohlenkraftwerke leisteten einen Beitrag zum Klimaschutz. Das Gegenteil ist der Fall: Die Realisierung des Kraftwerks in Arneburg wäre unweigerlich mit einem enormen Mehrausstoß des Klimakillers Kohlendioxid verbunden. Zudem attestieren die Richter dem Kraftwerk in Datteln, gegen die im Landesentwicklungsprogramm Nordrhein-Westfalens festgelegte Bevorzugung einheimischer und regenerativer Energieträger zu verstoßen. Vor dem Hintergrund dieses Urteils steht jetzt auch die Landesregierung Sachsen – Anhalts in der politischen Verantwortung das geplante Kraftwerk Arneburg schon im Vorfeld zu stoppen.“

Der BUND hat bereits in seiner aktuellen Stellungnahme zum Flächennutzungsplan Arneburg Einwendungen detailliert auf die bevorstehenden, massiven Rechtsverstöße des Vorhabens hingewiesen und seinerseits mit einer Klage für den Fall gedroht, dass die Pläne zum Kraftwerksbau in ein Genehmigungsverfahren einmünden sollten.

Für Rückfragen: Oliver Wendenkampf , 0160 7155064

BUND Sachsen-Anhalt  
e.V.

Landesgeschäftsstelle  
Olvenstedter Str. 10  
39108 Magdeburg

Tel. 0391/56 30 78 10

Fax 0391/56 30 78 29

info@bund-sachsen-anhalt.de

www.bund-sachsen-anhalt.de